



Wessen Stadt ist die Stadt?

Wahlprogramm

zur Kommunalwahl 2026

KOMMUNALWAHL
AM SONNTAG
13. SEPTEMBER

Wähler*innengemeinschaft
**Göttinger
Linke**
www.goettinger-linke.de



Unsere Spitzenkandidat*innen in den fünf Wahlbereichen, v.l.n.r.:

Tobias Murra, Physiotherapeut (WB 3), Vanessa Löb, Angestellte (WB 3), Nicole Born, Krankenschwester (WB 2), Ayaan Omar, Schulassistentin (WB 3), Ulrike Kramer, Angestellte (WB 5), Tawfik Lababidi, Angestellter (WB 2), Hendrik Falkenberg, Angestellter (WB 3), Jost Lessmann, Bühnentechniker (WB 5), Steffen Zimmermann, Drucker (WB 3), Annette Ramaswamy, Rentnerin (WB 1), Torsten Wucherpennig, Sozialarbeiter (WB 2)

Bei den 10 Spitzenkandidat*innen auf Platz 1 und 2 in den fünf Wahlkreisen finden sich fünf Frauen und fünf Männer, sie sind im Durchschnitt 46,1 Jahre alt; die jüngste ist 25 Jahre, die älteste 69 Jahre alt.

Insgesamt stehen 31 Kandidat*innen zur Wahl zum Rat der Stadt Göttingen. Von diesen sind 38,7 % weiblich, es gibt neun „neue“ Gesichter, die zum ersten Mal zum Rat der Stadt kandidieren

Unter den Kandidat*innen befinden sich aktive Gewerkschafter*innen, die in Betrieben ihre Kolleg*innen vertreten, junge Menschen, die in den derzeitigen Schulstreiks gegen den Wehrdienst aktiv sind, Menschen mit und ohne Behinderungen, Mitstreitende in der Friedensbewegung, Arbeiter*innen und Angestellte, Rentner*innen sowie prekär Beschäftigte, die jederzeit die Erfahrungen ihrer Lebensbedingungen in die Kommunalpolitik in Göttingen einbringen werden.

Konkrete Infos zu unseren Kandidat*innen finden Sie auf Seiten 24-25.

Wessen Stadt ist die Stadt?

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke: Kommunalwahlprogramm 2026 für die Stadt Göttingen

Einleitung

Göttingen ist eine Stadt mit vielen Gesichtern: geprägt durch Menschen aus unterschiedlichen Ländern, durch Studierende, Familien, Beschäftigte und Erwerbslose, junge wie ältere Menschen. Diese Vielfalt ist eine Stärke. Gleichzeitig zeigt sich hier besonders deutlich, wie ungleich Lebensbedingungen sind.

Viele Menschen in Göttingen spüren den Druck im Alltag sehr konkret: steigende Mieten, unsichere Arbeitsverhältnisse, fehlende Kita- und Schulplätze oder lange Wartezeiten bei medizinischer Versorgung. Besonders betroffen sind Menschen, die Sozialleistungen beziehen oder ein geringes Einkommen haben, Familien, Alleinerziehende, junge Menschen und Migrant*innen, die zusätzlich Diskriminierung erfahren. Kommunalpolitik muss deshalb vor allem die Interessen derjenigen in den Mittelpunkt stellen, die sich ein gutes Leben nicht leisten können. Zwischen Kapitalinteressen und politischen Entscheidungen zugunsten der Wohlhabenden geraten sie zu oft aus dem Blick.

Eine Stadt, die niemanden zurücklässt, beginnt beim Wohnen. Bezahlbarer Wohnraum darf kein Luxus sein, sondern muss für alle gesichert werden. Wenn Renditeinteressen über das Grundbedürfnis Wohnen gestellt werden und soziale Verpflichtungen im Wohnungsbau fehlen, entstehen genau die Bedingungen, die später als „soziale Brennpunkte“ beschrieben werden. Diese Entwicklung ist das Ergebnis politischer Entscheidungen.

Genauso zentral ist eine starke öffentliche Daseinsvorsorge. Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Kinderbetreuung, soziale Beratung und ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr sind keine freiwilligen Leistungen, sondern die Grundlage für ein würdevolles Leben. Sie müssen verlässlich,

ausreichend finanziert und für alle zugänglich sein.

Kinder und Jugendliche sind nicht nur die Zukunft von morgen, sondern haben ein Recht auf gute Bedingungen im Hier und Jetzt. Gute Bildung, verlässliche Betreuung, Freizeit- und Kulturangebote sowie echte Mitbestimmungsmöglichkeiten sind entscheidend dafür, ob junge Menschen ihre Perspektiven entwickeln können. Wer hier spart, verschärft Ungleichheit und verspielt Zukunftschancen.

Auch die ökologischen Herausforderungen sind längst im Alltag angekommen. Hitzewellen, fehlende Abkühlung durch Grünflächen und Belastungen durch Verkehr treffen die Menschen direkt in ihrem Lebensumfeld. Eine sozial gerechte Klimapolitik bedeutet deshalb, Lebensqualität für Mensch und Tier zu verbessern: durch weniger Verkehrslärm, bessere Luft, sichere Wege und zugängliche Mobilität für alle. Nachhaltige Entwicklung muss allen zugutekommen und darf nicht länger von oben blockiert und nach unten abgewälzt werden.

Wir als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke (GöLi) setzen uns für die Interessen der vielen Menschen ein, die unter den Profitinteressen und ungerechten Verhältnissen leiden. Das haben wir getan und das werden wir auch weiterhin tun.

Aber klar ist auch: Wirkliche Veränderung entsteht nicht einfach in Parlamenten. Niemand kann deine Interessen besser vertreten als du selbst. Wer etwas anderes behauptet, lügt dich an.

Deshalb kommt es auf dich an. Misch dich ein, werde aktiv und unterstütze uns dabei, diese Stadt gemeinsam zu verändern – in deinem Betrieb, deiner Schüler*innenvertretung, der Nachbarschaft und in der Wähler*Innengemeinschaft Göttinger Linke!

Wessen Stadt ist die Stadt?

Wir – die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke – stehen für eine 35-jährige Tradition verlässlicher, gemeinsamer und bündnisorientierter Kommunalpolitik. Wir bestehen aus Mitgliedern verschiedener linker Gruppen, Initiativen sowie politisch und sozial engagierten Einzelpersonen. Dadurch verfügen wir über eine breite thematische Expertise und vielseitige Kenntnisse in unterschiedlichsten Bereichen. Gleichzeitig stehen wir im ständigen Austausch mit lokalen Initiativen zu aktuellen ebenso wie zu langfristigen Themen. Seit 2006 sind wir kontinuierlich im Rat der Stadt Göttingen vertreten und wissen genau, „wo der Schuh drückt“.

Unsere Politik wollen wir gemeinsam mit außerparlamentarischen Bewegungen, Bürger*inneninitiativen, Gewerkschaften, Migrant*innenorganisationen sowie Frauen-, Friedens-, Antifa- und Umweltgruppen gestalten. Wir stehen für transparente Politik. Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein, nicht hinter den Kulissen fallen. Die Beteiligung der Göttinger*innen ist für uns entscheidend.

Von sozialer Gerechtigkeit über Bildung, Mobilität und Wohnen bis hin zu Antifaschismus und Frieden: Wir setzen uns in allen Bereichen dafür ein, dass Göttingen eine Stadt wird, die allen gehört und stellen deshalb die zentrale Frage: **Wessen Stadt ist die Stadt?**



1. Finanzen: Verarmte Städte können sich nur Reiche leisten

Göttingens finanzielle Realität

Göttingen hat ein strukturelles Finanzproblem: Die Ausgaben steigen seit Jahren schneller als die Einnahmen und das trotz Einsparungen und steigender Gebühren. Die kurzfristige Verschuldung liegt inzwischen bei über 100 Millionen Euro, das entspricht bald rund 1.000 Euro pro Einwohner*in.

Gleichzeitig fehlt ein klarer Überblick über die tatsächliche finanzielle Lage der Stadt. Viele Aufgaben wurden in eigenständige Unternehmen ausgelagert, so etwa in die Stadtwerke, die Städtische Wohnungsbau, das Symphonieorchester, die GöSF oder die Stadthalle. Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet, diese ausgelagerten Finanzen gemeinsam mit dem Kernhaushalt in einem sogenannten Gesamtabschluss darzustellen. Dieser würde alle Einnahmen, Schulden und Vermögenswerte der Stadt und ihrer Unternehmen zusammenführen und so erstmals ein vollständiges Bild liefern. Doch dieser Gesamtabschluss wird seit Jahren nicht erstellt. Es fehlt daher die wirtschaftliche Transparenz über den Gesamtbetrieb Stadt Göttingen einschließlich aller Tochtergesellschaften!

Ein zentrales Problem ist zudem die Abhängigkeit von der Gewerbesteuer. Sie ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen, schwankt aber stark mit der wirtschaftlichen Lage vor Ort. In Göttingen zeigt sich diese Abhängigkeit besonders deutlich durch das Unternehmen Sartorius: Entwickelt sich das Geschäft gut, steigen die Einnahmen der Stadt – brechen Gewinne ein, fehlen plötzlich massive Summen im Haushalt. So ist die Gewerbesteuer von rund 180 Millionen Euro im Jahr 2023 auf etwa die Hälfte im Jahr 2025 gesunken. Während die Ausgaben weiter steigen, wächst so die Verschuldung überdurchschnittlich stark.

Ein System, das Kommunen überfordert

Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer strukturell falschen Finanzierung der Kommunen. Städte und Gemeinden übernehmen einen großen Teil der staatlichen Aufgaben, von sozialen Leistungen bis zur öffentlichen Infrastruktur, erhalten dafür aber zu wenig finanzielle Mittel.

Das zeigt sich auch ganz konkret: Im Jahr 2024 mussten rund 7 % aller kommunalen Ausgaben über Kredite finanziert werden – nicht für Luxusprojekte, sondern für notwendige Aufgaben. Damit erhöht sich die Verschuldung der Städte und Gemeinden im Jahr 2024 um rund 24 Milliarden Euro, dies ist an der Gesamtverschuldung des Staates noch ein kleinerer Anteil.

Gerade in Krisenzeiten verschärft sich das Problem weiter: Wenn die Wirtschaft schwächelt, sinken die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, während gleichzeitig die Ausgaben steigen wie etwa für Sozialleistungen oder Personal. Notwendige Verbesserungen wie höhere Sätze der Grundsicherung oder bessere Tariflöhne sind richtig und überfällig, werden aber faktisch von den Kommunen getragen, ohne dass es eine ausreichende Gegenfinanzierung gibt.

Auch wenn die Stadt Göttingen das selbst nicht beschließen kann, braucht es zunächst unbedingt eine umfassende Finanzreform, die den Kommunen die Mittel gibt, die sie zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben brauchen. Der Präsident des Deutschen Städtetages bringt die Situation auf den Punkt: *„Die Kommunen leisten etwa ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Das konnte auf Dauer*

nicht gutgehen und hat jetzt handfeste Konsequenzen. Vielerorts werden schon Buslinien abgeschafft oder ausgedünnt. Kitas und Schulen werden nicht adäquat in Stand gehalten, marode Turnhallen müssen gesperrt werden und der Straßenunterhalt wird zurückgefahren.“ (<https://www.staedtetag.de/presse/pressemitteilungen/2025/staedtische-haushalte-kollabieren-reihenweise>)

Am Ende zahlen die Menschen vor Ort die Rechnung: durch Kürzungen, fehlende Angebote und steigende Kosten.

Und genau hier stellt sich die entscheidende Frage: Wessen Stadt ist die Stadt, wenn selbst grundlegende Aufgaben nicht mehr verlässlich finanziert werden können?

Unsere Antwort: Eine Stadt, die allen gehört

Wir wollen eine Stadt, in der die finanziellen Grundlagen stimmen und in der kommunale Aufgaben auch tatsächlich im Interesse der Menschen erfüllt werden können.

Aber klar ist auch, dass die grundlegenden Probleme der Kommunalfinanzen sich nicht auf kommunaler Ebene lösen lassen. Eine echte Veränderung erfordert politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene.

Deshalb sagen wir deutlich: Auch wenn wir im Stadtrat Verantwortung übernehmen, können wir diese strukturellen Probleme nicht allein vor Ort lösen. Es braucht eine grundlegende Neuordnung der Kommunalfinanzen. Durchsetzen lässt sich das nur mit dem Druck einer breiten Bevölkerung, sowohl auf der Straße als auch in den politischen Gremien.

Die Schieflage wird auch vor Ort ganz konkret sichtbar:

Die Stadthalle: Die Stadt zahlt Zuschüsse für Zinsen an den Eigenbetrieb Stadthalle und auch einen Zuschuss an die GWG, die Stadt- und Lokhalle betreibt. Dann zahlt die GWG noch Pacht an die Stadthalle. Im Ergebnis hat die Stadt selbst, bzw. mit ihren Tochtergesellschaften mehrfach gezahlt und verrechnet, das Ergebnis bleibt aber gleich: Örtliche Gruppen und Mieter können die Preise der Stadthalle nicht bezahlen! Die Verantwortung wird hin und her geschoben, aber es bleibt dabei: Diejenigen, die die Sanierung der Stadthalle bezahlen müssen, kommen praktisch nicht mehr rein! Sie können für hohe Preise Comedy und Klassik hören oder Striptease anschauen, Abifeiern oder Kleinkunst bleiben aber draußen!

Auch bei der **Sparkasse** zeigt sich ein grundlegendes Ungleichgewicht: Seit vielen Jahren fordert die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke anteilige Gewinnausschüttungen von der Sparkasse. Die Sparkasse ist der Allgemeinheit verpflichtet und der Anteil an der Sparkasse ist der mit Abstand größte Vermögensgegenstand dieser Stadt. Das Vermögen unserer Sparkasse inklusive der bilanziellen „Puffer“ (Fonds für allgemeine Bankrisiken) betrug Ende des Jahres 2024 insgesamt 395 Millionen Euro, der Gewinn vor Steuer und Bilanzmaßnahmen betrug 2024 wieder 40 Millionen Euro. In den letzten 10 Jahren wurde das Vermögen (Eigenkapital) der Sparkasse jährlich im Schnitt um 17 Millionen angefüllt! Die Sparkasse muss endlich einen Beitrag zum städtischen Haushalt leisten!

Hinzu kommt die unübersichtliche Struktur städtischer Beteiligungen. Mindestens 15 Unternehmen befinden sich mehrheitlich im Besitz der Stadt, ihr finanzielles Volumen ist in etwa so groß wie der gesamte Haushalt. Trotzdem fehlt ein Gesamtüberblick, weil kein Gesamtabschluss erstellt wird.

Auch in der Kulturförderung ist das Ungleichgewicht deutlich: Große Einrichtungen wie das Symphonieorchester, das Deutsche Theater oder

die Händelfestsche Spiele werden stark gefördert, während viele kleinere Initiativen um Unterstützung kämpfen. Kultur darf aber nicht nur aus wenigen „Leuchttürmen“ bestehen.

Forderungen für stärkere Kommunen:

■ Städte und Gemeinden brauchen eine umfassende Finanzreform! Die Stadt soll stärker mitwirken an gemeinsamen Aktionen zur Finanzausstattung aller Kommunen auf Bundesebene. In dem Zug ist die fatale Abhängigkeit von der Gewerbesteuer zu beenden.

■ Die Sparkasse Göttingen muss als öffentliche Einrichtung behandelt und gefordert werden. Endlich muss ein Drittel des Gewinns ausgeschüttet werden!

■ Die Stadthalle soll nutzbar sein für diejenigen, die sie bezahlen! Bezahlbare Gebühren für örtliche und regionale Nutzer*innen

■ Keinerlei Schließungen kommunaler Einrichtungen.

■ Erstellung eines konsolidierten Konzern- oder Gesamtabchlusses (§ 128 NKomVG). Schaffung eines transparenten Gesamtüberblickes durch die Verwaltung!

2. Wohnen: Bezahlbar für alle – oder nur für wenige?

Eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist in Göttingen für viele Menschen zur täglichen Herausforderung geworden. Die Mieten steigen seit Jahren immer weiter, allein in den letzten zehn Jahren um rund 60%. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Sozialwohnungen kontinuierlich.

Die Zahl der preisgebundenen Sozialwohnungen nimmt weiter ab. Das Quotenmodell der Stadt mit 30% angeblich „bezahlbarem“ Wohnraum hilft kaum und wird durch zunehmende Flexibilisierung immer weiter entwertet. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen und kleine Haushalte: Sie müssen oft deutlich mehr als 30% ihres Einkommens für Miete aufbringen.

Trotz dieser Entwicklung hält die Stadt an ihrer bisherigen Wohnungspolitik fest. Seit Jahren setzt sie auf das Prinzip „Bauen, Bauen, Bauen“. Doch mehr Neubau allein schafft keinen bezahlbaren Wohnraum, im Gegenteil: Auch die NBank (Investitions- und Förderbank des Landes Niedersachsen) stellt fest, dass teure Wohnungsangebote die Märkte nicht entlasten.

Die Folge ist klar: Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum bleibt bestehen – trotz oder gerade wegen der aktuellen Politik.

Wessen Wohnung ist die Wohnung? Wohnen ist ein Grundrecht und doch ist es bundesweit und damit auch in Göttingen zur Ware geworden. Investoren und große Wohnungsunternehmen bestimmen den Markt, während die Interessen der Mieter*innen immer weiter in den Hintergrund rücken.

Das zeigt sich deutlich: Kapitalgesellschaften wie LEG oder Vonovia sowie private Eigentümer,



etwa in der Groner Landstraße 9, verfolgen vor allem ihren Profit. Die tatsächlichen Bedürfnisse der Mieter*innen spielen dabei keine Rolle. Marode Wohnungen, teilweise ohne funktionierende Heizung, und hohe Nachforderungen bei den Nebenkosten sind nur zwei Beispiele dafür, was passiert, wenn aus Mieten in erster Linie Profit geschlagen wird. Notwendige Investitionen zur Instandhaltung



der Gebäude bleiben aus, und am Ende tragen die Städte die Kosten für die Sanierungen.

Wir haben gemeinsam mit Mieter*innen und Initiativen gezeigt, dass Widerstand möglich ist: So konnten die Mieter*innen der LEG in Grone mit Unterstützung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke – durch Versammlungen, Beratung und politischen Druck – Nachforderungen in Höhe von 1,8 Millionen Euro vorläufig abwehren.

Doch solche Erfolge müssen immer wieder neu erkämpft werden. Bezahlbares Wohnen wird nicht geschenkt.

Also stellt sich die Frage: Wessen Wohnung ist die Wohnung? Die der Menschen, die darin leben oder die der Konzerne, die damit Gewinne machen?

Wir wollen eine Stadt, in der Wohnen keine Ware ist, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Stadt, in der ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist und zwar dauerhaft und für alle.

Das bedeutet: Wohnungen müssen dem Markt entzogen und in öffentliche Hand überführt werden. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen zeigen bereits heute, dass bezahlbares Wohnen möglich ist – etwa auf dem Leineberg oder in der Grünen Mitte Ebertal.

Gleichzeitig braucht es eine Stadtentwicklung, die sich am Gemeinwohl orientiert: kein weiterer Flächenfraß durch Ein- und Zweifamilienhäuser, sondern gezielter, sozialer Wohnungsbau.

Bezahlbarer Wohnraum ist schon schwer zu finden, barrierefreier und gleichzeitig bezahlbarer Wohnraum wird für viele Menschen zum Traum. Wir wollen das ändern: Wir brauchen deutlich mehr barriere-



freie Wohnungen, gerade in Innenstadtnähe. Dafür muss der Umbau im Bestand gezielt gefördert und eingefordert werden, und im Neubau muss Barrierefreiheit von Anfang an selbstverständlich sein.

Wir sehen viele konkrete Ansatzpunkte, um die Situation zu verbessern:

Die Stadt darf keinen weiteren kommunalen Boden verkaufen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Investoren davon profitieren – etwa beim IWF-Gelände – während bezahlbarer Wohnraum auf der Strecke bleibt. Stattdessen braucht es einen Bodenfonds, der Flächen sichert und gezielt für sozialen Wohnungsbau bereitstellt. Modelle wie Erbpacht sorgen dafür, dass der Boden in öffentlicher Hand bleibt.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft muss zu einem zentralen Instrument für bezahlbares Wohnen ausgebaut werden, unterstützt durch eine starke Landeswohnungsbaugesellschaft. Nur so können neue Baugebiete wie am Holtenser Berg oder am Langen Reekes Weg tatsächlich bezahlbar entwickelt werden.

Auch rechtlich muss die Stadt ihre Möglichkeiten ausschöpfen: Ein qualifizierter Mietspiegel, Milieuschutzsatzungen, ein Leerstandskataster und

wirksame Maßnahmen gegen Zweckentfremdung sind notwendig, um den Wohnungsmarkt zu regulieren, notfalls auch mit Sanktionen bis hin zur Enteignung.

Um die Klimaziele zu erreichen, braucht es klimafreundliche Heizungen und gut gedämmte Gebäude. Doch aktuell droht die Wärmewende auf dem Rücken der Mieter*innen stattzufinden: Große Wohnungsunternehmen, Energieversorger und Netzbetreiber versuchen, die Kosten umzulegen und daraus zusätzliche Profite zu ziehen. Das lehnen wir ab. Es braucht klare Konzepte für eine soziale Wärmewende: Klimaschutz muss so gestaltet werden, dass er nicht zu höheren Warmmieten führt.

Forderungen für ein besseres Wohnen:

■ **Preisbindung und Schutz vor Mietwucher:** Bezahlbarer Wohnraum muss dauerhaft gesichert werden, unter anderem durch verbindliche Preisbindung für Neubauten, die Einführung eines qualifizierten Mietspiegels und consequente Maßnahmen gegen Mietwucher, Leerstand und Zweckentfremdung.

■ **Kommunales Eigentum und Bodenpolitik:** Große Wohnungsbestände sollen in kommunales Eigentum überführt und städtische Flächen nicht verkauft werden. Stattdessen sollen Bodenfonds und Erbpachtmodelle genutzt werden, um Spekulation zu verhindern.

■ **Ausbau kommunaler Wohnungsbaugesellschaften:** Die städtische Wohnungsbaugesellschaft ist zu einer umfassenden kommunalen Wohnungsgesellschaft auszubauen, unterstützt durch eine echte Landeswohnungsbaugesellschaft.

■ **Barrierefreiheit und inklusives Wohnen:** Mehr barrierefreie Wohnungen sind notwendig, durch Förderung von Umbauten im Bestand und verbindliche Vorgaben im Neubau.

■ **Klimafreundliches Bauen ohne Zusatzbelastung:** Klimaschutz im Gebäudebereich muss warmmietenneutral umgesetzt werden, ohne zusätzlichen Flächenverbrauch oder Spekulation zu fördern. Maßnahmen wie das „Bauturbogengesetz“ lehnen wir ab.

3. Eine Stadt für alle

Die Verteilung des Reichtums entscheidet darüber, wessen Stadt die Stadt ist. In unserer Gesellschaft entstehen Verteilungskämpfe, in denen Menschengruppen gegeneinander ausgespielt werden: Erwerbstätige gegen Erwerbslose, junge Menschen gegen ältere oder Menschen mit Behinderungen

In Göttingen zeigt sich das konkret: Es fehlen bezahlbare Wohnungen, Kita-Plätze, Frauenhausplätze und gut ausgestattete Beratungsangebote. Das ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen. Während die Vermögen Einzelner wachsen, werden die Ausgaben für soziale Infrastruktur immer weiter eingeschränkt. Die zunehmende Ausrichtung von Wirtschaft und Politik auf

militärische Aufrüstung verschärft diese Entwicklung zusätzlich.

Wenn soziale Sicherheit vom Kassenstand oder von der politischen Durchsetzungskraft einzelner Gruppen abhängt, gehört die Stadt nicht allen. Unser Ziel ist eine Kommune, in der alle Menschen existenzgesichert leben

gegen vermeintlich „Leistungsfähige“. Diese Entweder-oder-Debatten erzeugen den Eindruck von Knappheit und Konkurrenz – zwischen Gruppen, zwischen Bedürfnissen und zwischen politischen Zielen.

Doch die eigentliche Frage ist nicht, ob soziale Sicherheit finanzierbar ist. Entscheidend ist, wie Kommunen so ausgestattet werden, dass sie soziale Infrastruktur dauerhaft sichern und ausbauen können. Während Städte und Gemeinden immer mehr Aufgaben übernehmen müssen, wird ihr finanzieller Spielraum zunehmend eingeschränkt. Gleichzeitig wächst gesellschaftlicher Reichtum an anderer Stelle weiter an.

Gerade auf kommunaler Ebene werden diese Widersprüche sichtbar. Hier leben die Menschen, über deren Lebensbedingungen auf Bundes- und Landesebene entschieden wird. Der Bund beschließt, doch Städte und Gemeinden setzen um und tragen einen erheblichen Teil der finanziellen Last. Ob Sozialleistungen, Jugendhilfe, Beratung oder öffentliche Gesundheitsversorgung: In den Kommunen entscheidet sich, ob soziale Rechte Realität werden.

können und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Eine Stadt, in der menschliche Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und nicht Konzerngewinne und nicht steigende Ausgaben für Rüstung. Sozialpolitik ist keine Frage des Gegeneinanders, sondern die Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben.

3.1 Arbeit, soziale Sicherheit und Perspektiven

Viele Menschen in unserer Stadt arbeiten hart und kommen trotzdem nicht über die Runden. Sie haben mehrere Jobs gleichzeitig, und dennoch reicht das Einkommen oft nicht zum Leben. In vielen Familien müssen beide Elternteile arbeiten, und trotzdem bleibt das Geld knapp. Arbeitsbedingungen sind häufig schlecht: Personal wird eingespart, Arbeitszeiten verdichtet, Pausen fehlen, Schichten sind lang und Überstunden werden nicht bezahlt. Auch am Arbeitsplatz sind Mobbing, Diskriminierung und psychischer Druck für viele Menschen Realität. Gute Arbeitsbedingungen bedeuten



deshalb nicht nur faire Bezahlung, sondern auch Schutz vor Ausgrenzung und respektvolle Arbeitsverhältnisse. Als Arbeit- und Auftraggeber trägt die Stadt hier besondere Verantwortung.

Viele Menschen müssen ihr Einkommen zusätzlich durch Sozialleistungen aufstocken. Andere finden keinen Zugang zu sicheren Arbeitsplätzen. Erwerbslose werden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt, in Maßnahmen oder Ein-Euro-Jobs, die keine dauerhafte Perspektive bieten. Ihre



öffentliche Stigmatisierung als „faul“ verschleierte die strukturellen Ursachen dieser Situation. Hinzu kommt eine behördliche Praxis, die Probleme eher verschärft als löst: Bürgergeld-Anträge werden verzögert bearbeitet, Unterlagen gehen verloren oder bleiben unbearbeitet. Es entsteht der Eindruck, als werde darauf gesetzt, dass sich soziale Probleme von selbst erledigen.

Während die Mehrheit der Arbeitenden kaum Zeit zum Leben hat und um jeden Euro kämpfen muss, profitieren andere von diesen Verhältnissen: Unternehmen schaffen prekäre Arbeitsplätze und steigern so ihre Gewinne, während Erwerbslose und Sozialleistungsempfänger*innen weiter ausgegrenzt werden.

Eine Stadt, in der einige überlastet arbeiten und andere keine Perspektive haben, ist nicht unsere Stadt. Wessen Stadt ist die Stadt, wenn Arbeit nicht zum Leben reicht und soziale Sicherheit ständig infrage steht?

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen von ihrer Arbeit leben können. Arbeit muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und nicht Menschen an den Profitinteressen weniger. Gleichzeitig wollen wir eine Stadt, in der Menschen Sozialhilfe empfangen können, ohne stigmatisiert oder ausgegrenzt zu werden. Die Stadt ist selbst Auftrag- und Arbeitgeber und somit Gestalter sozialer Infrastruktur und trägt hiermit die Verantwortung.

Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit:

- Gute und sichere Arbeit schaffen: Ausbau tariflich bezahlter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, insbesondere im sozialen, gemeinnützigen und pflegerischen Bereich.
- Faire Arbeitsbedingungen durchsetzen: Konsequente Überprüfung von Mindestlohn, Tariftreue und Arbeitsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- Öffentliche Arbeit in öffentlicher Hand halten: Keine Auslagerung öffentlicher Arbeitsstellen an private Anbieter und konsequente Einbeziehung der Personalaräte.
- Soziale Absicherung realitätsnah gestalten: Anpassung der Kosten der Unterkunft an die tatsächlichen Mietpreise in Göttingen sowie eine zügige und verbindliche Bearbeitung von Grundsicherungs-Anträgen.
- Beratung und Unterstützung stärken: Ausbau und dauerhafte Absicherung unabhängiger Beratungsstellen für Menschen in Grundsicherung und schwierigen Lebenslagen.

3.2 Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen

„Nicht der Mensch ist behindert – der Mensch wird behindert.“ Dieser Leitsatz macht deutlich, worum es geht: Viele Probleme entstehen nicht aus der Person selbst, sondern aus gesellschaftlichen Strukturen, durch fehlende Barrierefreiheit, unzureichende Unterstützung und mangelnde Mitbestimmung.

Auch in Göttingen stoßen Menschen mit Behinderungen im Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, im



öffentlichen Raum und bei der gesellschaftlichen Teilhabe auf Hürden. Beratungsangebote und Assistenzleistungen sind oft fragmentiert, schwer zugänglich oder unzureichend.

Die Probleme der Menschen sind hier nichts anderes als die Folgen des Umgangs der Gesellschaft mit ihnen. Wenn gesellschaftliche Strukturen Menschen ausschließen, gehört die Stadt nicht allen. Wer aufgrund fehlender Infrastruktur, unzureichender Assistenz oder stigmatisierender Regelungen ausgeschlossen wird, erlebt diese Stadt als fremd.

Wir wollen eine Stadt, in der Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben, lernen und arbeiten können und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Barrierefreiheit, inklusive Bildung und Arbeit, individuelle Assistenzmodelle sowie transparente und gut erreichbare Beratungsangebote müssen selbstverständlich werden.

Forderungen für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen:

- Barrierefreiheit konsequent ausbauen: Schaffung barrierefreier Infrastruktur in öffentlichen Gebäuden und im direkten Lebensumfeld.
- Inklusion in Bildung und Arbeit stärken: Förderung inklusiver Bildungsangebote und bessere Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt.
- Individuelle Unterstützung sichern: Stärkung und Ausbau individueller Assistenzmodelle für ein selbstbestimmtes Leben.
- Versorgung und Unterstützung gewährleisten: Sicherstellung von Assistenzleistungen, insbesondere bei Krankenhausaufenthalten.
- Mitbestimmung ermöglichen: Verbindliche Einbindung von Selbstvertretungen sowie Heim- und Werkstattträtern in politische und administrative Entscheidungsprozesse.

3.3 Soziale Sicherheit im Alter

Immer mehr ältere Menschen leben in Unsicherheit. Steigende Altersarmut, niedrige Rentenniveaus und prekäre Erwerbsbiografien treffen besonders Frauen und Menschen aus Niedriglohnsektoren. Viele müssen neben Rente oder Grundsicherung zusätzlich arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Kultur- und Freizeitangebote sind oft nicht erreichbar, und immer mehr Senior*innen sind auf Tafeln oder karitative Mittagstische angewiesen.

Gleichzeitig fehlen ausreichend ambulante Pflegeangebote, barrierefreie Wohnungen und soziale Infrastruktur. Fehlende Anbindung an medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten oder soziale Treffpunkte erschwert ein selbstbestimmtes Leben im Alter zusätzlich.



Wenn Menschen nach einem langen Arbeitsleben in Unsicherheit, Isolation und eingeschränkter Teilhabe leben müssen, zeigt sich deutlich: Diese Stadt ist nicht für diejenigen da, die sie aufgebaut haben. Wessen Stadt ist die Stadt, wenn ein Leben in Würde im Alter nicht gesichert ist?

Wir wollen eine Stadt, in der ältere Menschen selbstbestimmt leben, abgesichert sind und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Selbstbestimmtes Leben im Alter bedeutet Wahlfreiheit, Sicherheit und Teilhabe – unabhängig vom Einkommen.

Forderungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter:

- Pflege vor Ort stärken: Aufstockung der Gemeindepflegedienste und Ausbau ambulanter Pflegeangebote.
- Soziale Infrastruktur sichern: Finanzielle und personelle Absicherung von Seniorenbüros, Pflegestützpunkten und Stadtteilzentren.
- Gutes Wohnen im Alter ermöglichen: Förderung barrierefreier Wohnungen und generationenübergreifender Wohnformen.
- Barrierefreiheit umfassend gewährleisten: Sicherstellung barrierefreier Zugänge sowie akustischer und visueller Orientierung im öffentlichen Raum.

- Pflegeberufe aufwerten: Faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Altenpflege.

3.4 Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Diskriminierung

Auch in Göttingen sind Frauen, queere Menschen und andere marginalisierte Gruppen weiterhin strukturell benachteiligt. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer und übernehmen den größten Teil der Sorge- und Pflegearbeit. Diese ungleiche Verteilung ist Ausdruck struktureller Ungleichheit.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für uns eine grundlegende Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wo gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt wird, wird Ungleichheit systematisch fortgeschrieben. Auch auf kommunaler Ebene müssen Entgeltstrukturen



überprüft, tarifliche Bindungen gestärkt und Benachteiligungen abgebaut werden.

Gewalt gegen Frauen und queere Menschen ist weiterhin Alltag, von Partnerschaftsgewalt über sexuelle Übergriffe bis hin zu Bedrohungen. Besonders betroffen sind Frauen mit Behinderungen, wohnungslose Frauen und Menschen in prekären Lebenslagen. LGBTQIA*-Menschen erfahren Diskriminierung in vielen Lebensbereichen.

Viele Schutz- und Beratungsstrukturen sind chronisch unterfinanziert oder schwer zugänglich. Auch Sexarbeiter*innen sind Teil unserer Stadtgesellschaft und zugleich besonders von Stigmatisierung, Gewalt und sozialer Unsicherheit betroffen.

3.5 Gesundheit als soziale Frage

Repressive Maßnahmen verschärfen ihre Situation häufig. Wir unterscheiden klar zwischen selbstbestimmter Sexarbeit und Menschenhandel. Ausbeutung und Zwang müssen konsequent bekämpft werden, aber nicht die Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind.

Wenn Sicherheit, Einkommen und Teilhabe vom Geschlecht oder der Identität abhängen, gehört die Stadt nicht allen.

Wir wollen eine Stadt, in der Gleichberechtigung und Schutz vor Diskriminierung selbstverständlich sind. Frauen und queere Menschen sollen sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Sorge- und Pflegearbeit muss anerkannt, fair entlohnt und gerecht verteilt werden.

Forderungen für Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Diskriminierung:

- Schutz- und Beratungsangebote ausbauen: Erweiterung und bessere Erreichbarkeit von Schutz- und Beratungsstrukturen für Frauen und queere Menschen, einschließlich wohnungsloser Frauen und Sexarbeiter*innen.
- Bestehende Projekte absichern: Finanzielle Sicherung und Ausbau bestehender Frauenprojekte und Unterstützungsangebote.
- Rechte konsequent durchsetzen: Umsetzung der Istanbul-Konvention des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) auf kommunaler Ebene sowie praktisch wirksamer Schutz vor Gewalt.
- Gleichberechtigung auch in der Arbeit durchsetzen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss auch auf kommunaler Ebene gelten. Entgeltstrukturen sind zu überprüfen und geschlechterbedingte Benachteiligungen konsequent abzubauen.
- Teilhabe und Alltag verbessern: Förderung gendergerechter Infrastruktur, Stärkung der politischen Teilhabe sowie bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Erwerbsarbeit und ein diskriminierungsfreier Zugang zur Gesundheitsversorgung.

In Göttingen zeigt sich deutlich, wie sehr Gesundheit von sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängt. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und ambulante Versorger arbeiten unter massivem Kostendruck. Gleichzeitig ist das Personal überlastet, und Patient*innen müssen oft lange auf Termine oder Behandlungen warten.

Viele Pflegekräfte und Ärzt*innen stehen unter dauerhaftem Stress. Die Zeit für individuelle Zu-



wendung und eine würdevolle Versorgung fehlt immer häufiger. Gleichzeitig übernehmen Angehörige einen großen Teil der Pflege zu Hause, meist unbezahlt und unter hoher Belastung. Präventive Angebote sind oft schwer zugänglich, und die gesundheitliche Versorgung hängt zunehmend davon ab, wie viel Geld jemand hat oder wo jemand lebt. Besonders stark betroffen sind diejenigen, die auf öffentliche Versorgung angewiesen sind.

Wenn Gesundheit vom Geldbeutel, vom Wohnort oder vom sozialen Status abhängt, gehört die Stadt nicht allen. Wessen Stadt ist die Stadt, wenn gute medizinische Versorgung keine Selbstverständlichkeit ist?

Überlastete Pflegekräfte, chronisch Kranke und pflegende Angehörige tragen die Folgen eines Systems, in dem wirtschaftliche Interessen über das



Wohl der Menschen gestellt werden. Das nehmen wir nicht hin.

Für uns ist klar: Gesundheit ist keine individuelle Angelegenheit, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen eine Stadt, in der Gesundheitsversorgung für alle zugänglich, gut organisiert und ausreichend finanziert ist.

Kliniken, Pflegeeinrichtungen und ambulante Angebote müssen so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können. Dazu gehört ausreichend Personal ebenso wie gute Arbeitsbedingungen und eine verlässliche öffentliche Finanzierung. Pflegekräfte und Ärzt*innen müssen ihre Arbeit fachlich gut und unter würdigen Bedingungen leisten können.

Präventive Angebote müssen wohnortnah ausgebaut und für alle zugänglich sein, unabhängig vom Einkommen. Auch die Drogenpolitik ist Teil dieser Gesundheitsversorgung: Sie muss akzeptanzorientiert, präventiv und niedrigschwellig sein, damit

Konsument*innen Schutz, Beratung und konkrete Hilfsangebote erhalten.

Forderungen für eine soziale und öffentliche Gesundheitsversorgung:

■ Gesundheit in öffentliche Hand: Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen wieder in öffentliches Eigentum überführt und vor weiterer Privatisierung geschützt werden.

■ Gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen: Bedarfsgerechte Personalschlüssel, faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Gesundheitsbereich.

■ Versorgung vor Ort ausbauen: Ausbau der ambulanten Versorgung, Polikliniken und wohnortnahen Präventionsangebote.

■ Profitlogik beenden: Stopp von Profitmaximierung sowie von Klinik- und Heimschließungen, die die Versorgung gefährden.

■ Unterstützung und Prävention stärken: Finanzielle und organisatorische Unterstützung pflegender Angehöriger sowie Ausbau von Suchthilfe, Beratung, Prävention und Einrichtung von Drogenkonsumräumen mit medizinischer Notfallbetreuung und Drug-Checking.

3.6 Sozialpolitik verbindet Lebensrealitäten

Unsere Lebensrealitäten sind vielfältig und miteinander verflochten. Niemand ist nur Arbeitnehmer*in, nur krank, nur alt oder nur behindert. Menschen bewegen sich gleichzeitig in unterschiedlichen Lebenssituationen, mit verschiedenen Erfahrungen, Herausforderungen und Bedürfnissen.

Eine solidarische Stadt erkennt diese Realität an. Sie gestaltet ihre Politik so, dass alle Menschen unabhängig von ihrer jeweiligen Lebenslage gleichberechtigt teilhaben können.

Sozialpolitik ist dabei der verbindende Rahmen. Wenn wir die Lebensbedingungen von Menschen verbessern – im Alter, bei Behinderung, in prekären Arbeitsverhältnissen, unter ungleichen Geschlech-

terverhältnissen oder bei eingeschränktem Zugang zu Gesundheitsversorgung – dann stärken wir nicht nur Einzelne, sondern den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

Wessen Stadt ist die Stadt, wenn Lebensrealitäten gegeneinander ausgespielt werden, statt sie gemeinsam zu verbessern?

Eine Stadt, die soziale Sicherheit und Teilhabe für alle gewährleistet, ist eine Stadt, in der Menschen gerne leben, sich einbringen und Verantwortung füreinander übernehmen. Unser Anspruch ist klar: Sozialpolitik ist nicht nur Verwaltung oder punktuelle Unterstützung. Sie ist die Grundlage für eine lebenswerte Stadt für alle.

Wir wollen eine Stadt, in der niemand ausgeschlossen wird, sondern alle die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten zu entfalten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.



von A nach B kommen, sondern darum, ob unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Klima, Natur und Tiere sind keine Randthemen, sondern die Voraussetzung für ein gutes Leben. Eine Politik, die diese Bereiche gegeneinander ausspielt oder einzelne Interessen bevorzugt, wird dieser Verantwortung nicht gerecht.

Durch die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen verschärfen sich diese Probleme jedoch. Immer wieder entstehen Entweder-oder-Debatten, in denen soziale, ökologische und infrastrukturelle Fragen gegeneinander gestellt werden. Dabei ist klar: Es gibt genug gesellschaftliches Vermögen für ein Sowohl-als-auch. Das Problem ist die ungerechte Verteilung. Hohe Einkommen, Kapitalerträge und Erbschaften werden nicht ausreichend besteuert, während gleichzeitig enorme Summen in militärische Aufrüstung fließen. Sozialpolitik, Klimaschutz und Tierschutz dürfen deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie gehören zusammen. Eine Stadt, die bezahlbaren Wohnraum schafft, muss auch für hitzeresistente Gebäude sorgen. Wer Mobilität plant, muss sichere Radwege, guten öffentlichen Nahverkehr und kurze Wege zusammendenken. Und wer Lebensqualität sichern will, muss auch Natur und Tiere schützen.

Wir wollen eine Stadt, in der Mobilität sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht umgekehrt. Busse müssen zuverlässig, direkt und barrierefrei sein. Rad- und Fußverkehr müssen sicher möglich sein. Gleichzeitig braucht die Stadt mehr Grünflächen, die für Abkühlung sorgen, die Luft verbessern und Lebensräume für Pflanzen und Tiere schaffen. Fundtiere müssen professionell ver-

4. Mobilität, Umwelt und Klima

In Göttingen zeigt sich im Alltag, dass Mobilität für viele Menschen nicht gut funktioniert. Wer mit dem Fahrrad unterwegs ist, muss sich oft zwischen Autos hindurch bewegen. Busverbindungen sind umständlich und nicht immer alltagstauglich. Gleichzeitig treffen unterschiedliche Bedürfnisse aufeinander, ohne dass eine Lösung für alle geschaffen wird. Dazu kommen die spürbaren Folgen des Klimawandels: Immer häufiger auftretende Hitzewellen belasten besonders Menschen in dicht bebauten Stadtteilen, weil sich Asphalt und Gebäude stark aufheizen und Grünflächen fehlen. Auch die Tierwelt verändert sich sichtbar. Arten verschwinden oder breiten sich aus. Und wer ein verletztes Wildtier findet oder ein Fundtier versorgen muss, steht vor einem ganz praktischen Problem: In einer Stadt wie Göttingen gibt es keine ausreichende kommunale Struktur, um Tiere verlässlich aufzunehmen und zu versorgen.

Wessen Planet ist der Planet? Eine Stadt, die heute geplant wird, entscheidet darüber, wie wir morgen leben. Es geht nicht nur darum, wie schnell wir



sorgt werden, dafür braucht Göttingen endlich ein kommunales Tierheim. Auch verletzte Wildtiere dürfen nicht länger von Zufall, Ehrenamt oder den Kosten einzelner abhängig sein, sondern müssen auf Kosten der Stadt behandelt werden. Mobilität, Klimaschutz, Naturschutz und soziale Teilhabe gehören zusammen und müssen auch so geplant werden.

Forderungen für eine lebenswerte und klimagerechte Stadt:

■ Mobilität für alle verbessern und neu ausrichten: Ausbau sicherer, durchgehender und barrierefreier Rad- und Gehwege sowie ein deutlich verbessertes Busnetz mit direkten Verbindungen, kürzeren Wartezeiten und barrierefreien Haltestellen. Kostenloser und sozial gerechter öffentlicher Nahverkehr für alle.

■ Stadtklima verbessern und Grünflächen ausbauen: Mehr Bäume, Hecken, Streuobstwiesen und naturnahe Flächen sowie die gezielte Entsiegelung von Flächen, um Hitze zu reduzieren, Wasser besser zu speichern und die Biodiversität zu fördern.

■ Natur- und Artenschutz im Stadtgebiet stärken: Schutz bestehender Lebensräume und gezielte Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt, damit Pflanzen, Insekten und Tiere auch in der Stadt dauerhaft Lebensräume finden.

■ Tierschutz als kommunale Aufgabe ernst nehmen: Einrichtung eines kommunalen Tierheims sowie einer Anlaufstelle für verletzte Wildtiere, deren Versorgung und Behandlung durch die Stadt sichergestellt und finanziert wird.

5. Bildung, Kinder und Jugend

5.1 Bildungspolitik

Bildung liegt uns als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke besonders am Herzen. Sie ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Doch die Realität in Göttingen zeigt ein anderes Bild: Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt nach wie vor stark vom Elternhaus und dem Stadtteil ab, in dem

sie aufwachsen. Während einige von guten Bedingungen profitieren, haben andere von Anfang an schlechtere Chancen. Schulen stoßen an ihre Grenzen, Lehrkräfte arbeiten unter hoher Belastung und notwendige Unterstützung kommt oft zu spät.

Damit stellt sich auch hier die zentrale Frage: Wessen Bildung ist die Bildung? Solange Bildungschancen ungleich verteilt sind, ist sie nicht für alle da. Wenn Inklusion nicht an allen Schulen umgesetzt wird, wenn Kinder je nach sozialem Hintergrund unterschiedlich gefördert werden und wenn finanzielle Hürden über Bildungswege entscheiden, profitieren vor allem diejenigen, die ohnehin bessere Voraussetzungen mitbringen.

Wir wollen eine Stadt, in der Bildung von Anfang an gerecht organisiert ist. Von der Krippe bis zur Hochschule muss allen Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Weltanschauung die Möglichkeit gegeben werden, sich zu entwickeln und an der Gesellschaft teilzuhaben. Gemeinsames



Lernen über einen längeren Zeitraum ist dafür ein zentraler Schlüssel, weil es Chancengleichheit stärkt und soziale Spaltung abbaut. Deshalb setzen wir uns für die Integrierte Gesamtschule als Regelschule ein.

Gleichzeitig muss Inklusion endlich konsequent umgesetzt werden. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass es bisher keine gerechte Verteilung von Schüler*innen mit Förderbedarf gibt. Während einige Schulen ihrer Verantwortung nachkommen, entziehen sich andere dieser Aufgabe. Alle Schulen müssen verpflichtet und in die Lage versetzt werden, inklusive Bildung zu leisten. Dazu gehören ausreichende personelle, räumliche und zeitliche Ressourcen, die sich am tatsächlichen Bedarf der Kinder orientieren.

Wenn Schulen mit sogenannten Brandbriefen auf unhaltbare Zustände aufmerksam machen, darf das nicht folgenlos bleiben. Sie brauchen schnelle und konkrete Unterstützung. Auch die Angebote freier Träger, die Kinder und Jugendliche im Alltag begleiten, sind unverzichtbar und müssen dauerhaft gesichert werden.

Mit der Einführung der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ab 2026 wird ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit gemacht. Damit dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, kommt es auf die Qualität an. Pädagogische Standards, Betreuungsqualität, personelle Ausstattung und die Zufriedenheit von Kindern, Eltern und Beschäftigten müssen regelmäßig überprüft und verbessert werden.

Gleichzeitig besteht ein erheblicher Investitionsbedarf bei Schulgebäuden. Viele Schulen müssen saniert, erweitert oder neu gebaut werden. Dabei dürfen insbesondere Grundschulen nicht benachteiligt werden, nur weil sie weniger öffentliche Aufmerksamkeit oder Lobby haben.

Auch die digitale Ausstattung ist eine zentrale Voraussetzung für moderne Bildung. Schulen müssen über die notwendige Infrastruktur verfügen und ausreichend Leihgeräte bereitstellen. Derzeit führt die Anschaffung von Computern für Familien mit geringem Einkommen faktisch zu finanziellen Nachteilen. Das darf nicht sein. Medienkompetenz ist eine grundlegende Fähigkeit und muss selbstverständlich Teil des Unterrichts sein.

Hinzu kommt, dass Lehrkräfte aktuell oft gezwungen sind, Unterrichtsmaterialien selbst zu er-



stellen. Das kostet Zeit und Geld. Eine landesweite digitale Vernetzung könnte den Austausch erleichtern und eine gemeinsame, frei zugängliche Materialbasis schaffen.

Mobbing und soziale Ausgrenzung gehören für viele Kinder und Jugendliche zum Alltag und bleiben viel zu oft unbeachtet oder folgenlos. Das betrifft nicht nur einzelne Konflikte, sondern hat direkte Auswirkungen auf die Entwicklung, die psychische Gesundheit und die Bildungschancen. Schulen müssen deshalb Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche geschützt sind und ernst genommen werden. Prävention, klare Ansprechstrukturen und ausreichend Fachpersonal sind dafür unerlässlich.

Forderungen für eine gerechte Bildungspolitik:

■ Chancengleichheit und Inklusion konsequent umsetzen: Kein Kind darf ohne Abschluss die Schule verlassen. Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung muss zur Selbstverständlichkeit werden. Alle Schulen sind personell, räumlich und zeitlich so auszustatten, dass sie den individuellen Förderbedarfen gerecht werden.

■ Schulen personell stärken und Unterstützung sichern: An allen Schulen muss eine bedarfsgerechte Anzahl von Schulsozialarbeiter*innen in sicheren Beschäftigungsverhältnissen vorhanden sein. Schulbegleitungen sind schnell, unbürokratisch und barrierefrei zu bewilligen. Schulen, die auf Missstände hinweisen, müssen zeitnah Unterstützung erhalten.

■ Soziale Hürden abbauen und Teilhabe sichern: Einrichtung eines Sachmittelfonds für Familien mit geringem Einkommen, Unterstützung auch für Haushalte knapp oberhalb der Anspruchsgrenzen, kostenfreie Schüler*innenbeförderung über die Sekundarstufe I hinaus sowie kostenfreie warme Mahlzeiten an Ganztagschulen.

■ Schulen modern und gerecht ausstatten: Ausbau und Sanierung von Schulgebäuden mit besonderem Augenmerk auf Grundschulen, flächendeckende digitale Ausstattung einschließlich Leihgeräten sowie Schaffung von Stellen für Verwaltung und IT, um Lehrkräfte zu entlasten.

■ Ganztag und Bildungsqualität sichern: Qualitativ hochwertige Umsetzung der Ganztagsbetreuung mit ausreichendem Personal, regelmäßiger Evaluation und Sicherung bestehender Unterstützungsangebote freier Träger sowie Förderung von Medienkompetenz und digitaler Vernetzung von Lehrmaterialien.

5.2 Kinder und Jugendliche: Bildung – Freizeit – Kultur – Partizipation

„Der effektivste Erziehungseinfluss ist die Wirklichkeit selbst, welche die Kinder vorfinden“ (Horst E. Richter). Genau diese Wirklichkeit ist auch in Göttingen sehr unterschiedlich. Zwar sind die Wünsche von Kindern und Jugendlichen oft ähnlich. Sie wollen Freizeit, Selbstbestimmung und Beteiligung. Doch ihre tatsächlichen Möglichkeiten hängen stark davon ab, in welcher Familie sie aufwachsen, in welchem Stadtteil sie leben und welche Angebote ihnen vor Ort zur Verfügung stehen.

Für viele Kinder in Göttingen, etwa in Grone, der Weststadt oder auf dem Holtenser Berg, bedeutet das ganz konkret, dass sie in Familien leben, die auf Transferleistungen angewiesen sind oder im Niedriglohnsektor arbeiten. Sie wachsen in Miet-

wohnungen auf, deren Mieten und Nebenkosten steigen und die für ihre Familien zu einer dauerhaften Belastung werden. In einigen Stadtteilen ist es schwierig, überhaupt einen Kita-platz zu bekommen, und eine wohnortnahe kinderärztliche Versorgung fehlt. Kinder haben dabei keine eigenen abgesicherten Ansprüche. Wenn Familien von Bürgergeld leben, sind ihre Möglichkeiten zur individuellen Lebensgestaltung stark eingeschränkt. Kinderarmut bedeutet in der Realität oft Ausgrenzung. Sie wirkt sich auf die Entwicklung aus und führt dazu, dass Teilhabe an Sport, Kultur und demokratischen Prozessen erschwert oder verhindert wird.

Damit wird deutlich, was das eingangs genannte Zitat beschreibt: Die Lebensrealität vor Ort prägt die Entwicklung von Kindern stärker als jede pädagogische Maßnahme. Wenn diese Realität von Ungleichheit geprägt ist, dann setzt sich diese Ungleichheit fort.

Damit stellt sich auch hier die Frage: Wessen Zukunft ist die Zukunft? Solange Kinder und Jugendliche je nach Stadtteil und sozialer Lage so unterschiedliche Voraussetzungen haben, ist Zukunft nicht gerecht verteilt. Die einen wachsen mit vielfältigen Möglichkeiten auf, die anderen mit strukturellen Hürden.

Wir wollen diese Wirklichkeit verändern. Ziel ist eine Stadt, in der alle Kinder und Jugendlichen in Göttingen unabhängig von Herkunft und Lebenssituation gute Entwicklungsbedingungen haben. Der Besuch einer Kindertagesstätte ist heute ein zentraler Bestandteil des Bildungswegs. Deshalb ist entscheidend, dass die Qualität der Betreuung gesichert und verbessert wird. Die Novellierung des Niedersächsischen Kita-Gesetzes im Sommer 2026 darf nicht zu einer Absenkung von Standards führen. Stattdessen müssen der Personalschlüssel verbessert und die Arbeitsbedingungen der pädagogischen Fachkräfte gestärkt werden.

Gleichzeitig stehen viele Bereiche aufgrund der Haushaltslage der Stadt Göttingen unter Druck.



Sparsaßnahmen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass Angebote für Kinder und Jugendliche abgebaut werden. Bestehende Strukturen müssen gesichert und weiterentwickelt werden. Auch ein Rückgang der Geburtenzahlen darf nicht als Begründung dienen, Betreuungsplätze abzubauen oder Gruppen zu schließen. Die Finanzierung freier Träger sowie von Angeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene muss verlässlich gesichert und an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden.

Kinder und Jugendliche brauchen darüber hinaus Räume für eine selbstbestimmte Entwicklung. Dazu gehören Freiflächen, kulturelle Angebote und Orte der Begegnung. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihre Umgebung mitzugestalten und ihre Interessen einzubringen. Das gilt besonders bei der Planung neuer Wohngebiete oder Nachverdichtungen in Göttingen, bei denen ihre Perspektiven bisher oft zu wenig berücksichtigt werden. Gleichzeitig darf Teilhabe nicht am Geld scheitern. Freizeitangebote in Sport, Kultur und Jugendbildung müssen für alle zugänglich sein und finanziell unterstützt werden.

Forderungen für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen:

- Ausreichende und bedarfsgerechte Kita-Plätze in allen Stadtteilen Göttingens, einschließlich Integrationsplätzen, sowie gezielte Unterstützung beim Anmeldeverfahren, insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund.

■ Sicherung und Ausbau der Qualität in Kitas durch bessere Personalschlüssel, gute Arbeitsbedingungen und den Erhalt aller bestehenden Angebote, unabhängig von Haushaltsdruck oder Geburtenentwicklung.

■ Ausbau barrierefreier Kindertagesstätten und stärkere Förderung von Familienzentren als wohnortnahe Anlaufstellen für Beratung, Unterstützung und Vernetzung.

■ Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen, insbesondere durch eine bessere medizinische Versorgung für Kinder und Jugendliche sowie den Erhalt und Ausbau von Unterstützungsangeboten freier Träger.

■ Mehr Freiräume und echte Teilhabe für Kinder und Jugendliche, darunter wohnortnahe Spielflächen ohne kommerzielle Nutzung, Beteiligung an Stadtplanung, der Erhalt von Jugendzentren sowie eine verlässliche finanzielle Unterstützung von Freizeit-, Kultur- und Bildungsangeboten.

6. Friedenspolitik in der Kommune: Friedens- statt Kriegsfähigkeit

In Göttingen zeigt sich sehr konkret, wer über die Stadt bestimmt: Während knappe kommunale Mittel für Soziales, Bildung, Kultur und Sport ständig unter Druck stehen, fließen gleichzeitig immense Summen in Waffenproduktion, Panzer, Raketen und die Aufrüstung der Bundeswehr. Schon heute hat Oberbürgermeisterin Petra Broistedt darauf hingewiesen, dass durch Entscheidungen von Bund und Land Millionenbeträge im Haushalt der Stadt fehlen, die vor Ort dringend benötigt würden. Gleichzeitig werden enorme Summen für militärische Zwecke bereitgestellt, häufig über sogenannte Sondervermögen, die die Kosten lediglich in die Zukunft verschieben und kommende Generationen belasten.

Wessen Stadt ist die Stadt? Wer profitiert von diesen politischen Entscheidungen, und wer trägt am Ende die Konsequenzen im Alltag vor Ort?

Die Aufrüstung ist auch in Göttingen längst sichtbar. Die Bundeswehr tritt als Karriereakteur

auf, etwa durch Präsenz im Arbeitsumfeld oder bei Veranstaltungen wie dem Göttinger Berufsinformationstag, und wirbt gezielt bei jungen Menschen. Jugendoffiziere sind an Schulen aktiv. Gleichzeitig wird der öffentliche Raum zunehmend reguliert. Kritische, friedensorientierte Veranstaltungen werden erschwert oder verhindert, etwa durch Nutzungsordnungen oder politische Einflussnahme auf städtische und universitäre Räume.

Auch Forschung und Wirtschaft sind betroffen. Einrichtungen wie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt sowie Unternehmen in der Region sind in Projekte eingebunden, die militärische Nutzung nicht ausschließen. Damit verschwimmen die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung immer weiter. Gleichzeitig wird über eine stärkere zivil-militärische Zusammenarbeit diskutiert, die sich auch in kommunaler Infrastruktur niederschlagen kann, etwa durch den Ausbau von Straßen und Brücken für militärische Anforderungen.





Wir sagen: Das darf nicht so bleiben. Unsere Stadt gehört allen Menschen, nicht den Interessen von Aufrüstung und militärischer Logik. Friedensfähigkeit ist keine abstrakte Forderung, sondern eine konkrete Aufgabe auch auf kommunaler Ebene. Göttingen kann und muss ein Ort sein, an dem politische Entscheidungen, Stadtentwicklung, Bildung und Forschung auf zivile, soziale und friedliche Ziele ausgerichtet sind.

Eine friedensfähige Stadt Göttingen bedeutet ganz konkret: Öffentliche Räume stehen allen gesellschaftlichen Gruppen zur Verfügung, ohne politische Zensur oder Einflussnahme durch Sicherheitsbehörden. Schulen sind Orte der kritischen Bildung und nicht der Rekrutierung. Forschung und wirtschaftliche Entwicklung orientieren sich an einer klaren Zivilklausel, die militärische Nutzung ausschließt. Ehemalige militärische Flächen werden konsequent zivil genutzt und stehen der Stadtgesellschaft zur Verfügung.

Forderungen für eine friedensorientierte Kommunalpolitik:

- Militärische Präsenz im öffentlichen und schulischen Raum zurückdrängen: Die Bundeswehr darf in Göttingen nicht als normaler Akteur der Berufsorientierung auftreten. Weder auf städtischen Veranstaltungen wie dem Göttinger Berufsinformationstag noch in Arbeitsagenturen oder Schulen soll für militärische Karrieren geworben werden.
- Zivile Ausrichtung von Wirtschaft und Forschung sichern: Für Betriebe, Forschungseinrich-

tungen und kommunale Kooperationen muss eine verbindliche Zivilklausel gelten. Militärische Forschung, Entwicklung und Produktion haben in Göttingen keinen Platz und sind konsequent auszuschließen.

■ Friedensbildung und demokratische Räume stärken: Friedensinitiativen, zivilgesellschaftliche Gruppen und kritische Veranstaltungen müssen uneingeschränkter Zugang zu städtischen und universitären Räumen erhalten. Politische Zensur oder Einschränkungen durch Sicherheitsbehörden dürfen dabei keine Rolle spielen.

■ Zivil-militärische Zusammenarbeit konsequent ablehnen: Göttingen darf sich nicht an militärisch motivierten Infrastrukturmaßnahmen beteiligen. Der Ausbau von Straßen, Brücken oder anderen Einrichtungen für militärische Zwecke ist abzulehnen.

■ Internationale Friedensarbeit und politische Bildung fördern: Die Stadt Göttingen soll eine aktive Rolle in internationalen Friedensnetzwerken übernehmen und Initiativen wie „Mayors for Peace“ stärken. Gleichzeitig braucht es mehr Bildungsangebote, die sich kritisch mit Krieg, Aufrüstung und internationalen Konflikten auseinandersetzen.



7. Antifaschismus und Solidarität

In Göttingen und der umliegenden Region ist in den letzten Jahren ein spürbares Erstarken rechter und autoritärer Tendenzen zu beobachten. Rechte Gruppierungen treten selbstbewusster auf, rassistische und ausgrenzende Positionen werden offener vertreten. Gleichzeitig nehmen Angriffe auf politisch Engagierte, insbesondere aus linken Zusammenhängen, zu. Auch im Alltag zeigt sich diese Entwicklung: Hetze gegen Geflüchtete, soziale Ausgrenzung und eine zunehmende Verrohung des gesellschaftlichen Klimas. Was lange als Randphänomen galt, rückt immer stärker in die Mitte der Gesellschaft.

Wessen Solidarität ist die Solidarität? Eine Stadt, die von sich behauptet, solidarisch zu sein, kann nicht gleichzeitig Ausgrenzung, Rassismus und soziale Spaltung hinnehmen. Echte Solidarität meint alle Menschen und nicht nur ein privilegiertes „Wir“. Sie zeigt sich darin, ob diejenigen geschützt werden, die angegriffen werden, und ob diejenigen gehört werden, die sonst an den Rand gedrängt werden. Eine solidarische Stadt entscheidet sich bewusst gegen Spaltung und für ein gemeinsames Leben in Vielfalt und gleichen Rechten.

Faschismus entsteht nicht plötzlich und nicht durch das Handeln einzelner „böser Menschen“. Er ist das Ergebnis kapitalistischer Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen, deren „normalen Betrieb“ die parlamentarische Demokratie darstellt. In Krisenzeiten kann sich diese Struktur in eine faschistische Politik verwandeln, eine Politik, die auf Krieg und die Spaltung der Gesellschaft abzielt. Faschistische Ideologien erzeugen ein exklusives „Wir“ gegen „die Anderen“. Wer als Gesellschaft „kriegstauglich“ sein soll, braucht maximale Einsatzbereitschaft, strikte Geschlossenheit und klare Freund-Feind-Markierungen. Dazu gehört ein Klima der Angst, das die Bevölkerung spaltet: Arme werden gegen noch Ärmere ausgespielt, Minderheiten zu Sündenböcken gemacht, während die Verantwortlichen für soziale Ungleichheit ungeschoren bleiben.



In diesem Kontext lassen sich Rassismus, diskriminierende Migrationspolitik und soziale Ausgrenzung verstehen: Die „fleißigen, guten Einheimischen“ stehen den „faulen, den Staat ausnutzenden Fremden“ gegenüber. So entsteht das künstliche „Wir“, das sich gegen Geflüchtete, Arme oder andere marginalisierte Gruppen richtet. Faschismus und Kriegsvorbereitung werden so schrittweise normalisiert, auch innerhalb demokratischer Strukturen. Sichtbar wird dies nicht nur durch rechten Straßenterror oder das Erstarken der AfD, sondern auch durch zunehmende Aufrüstung, Repressionsmaßnahmen, rassistische Behördenwillkür, brutaleres Grenzregime und die Einschränkung sozialer Rechte.



Unser Kampf gegen den Faschismus ist nur dann wirksam, wenn er breite Bündnisse schafft und gleichzeitig die sozialen Interessen der Betrof-

fenen in den Mittelpunkt stellt. Antifaschismus ist untrennbar verbunden mit sozialer Gerechtigkeit, demokratischen Rechten und Solidarität für alle Menschen oder er existiert nicht.

Forderungen für eine solidarische und antifaschistische Kommunalpolitik:

■ Erhalt, Pflege und Förderung von Gedenkortern der Opfer des Faschismus, einschließlich ermordeter Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen sowie Opfer von Zwangssterilisierungen und Euthanasie.

■ Offizielles städtisches Bekenntnis zum 8. Mai als Tag der Befreiung, mit jährlichen Veranstaltungen in Kooperation mit Gedenkbündnissen, Opfergruppen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.



■ Keine öffentlichen Räume für faschistische Gruppen, Ausschöpfung aller Möglichkeiten, um deren Versammlungen und Propaganda zu verhindern; keine Zusammenarbeit mit der AfD.

■ Bedingungsloses Bleiberecht und gleiche bürgerliche sowie soziale Rechte für alle, Stopp aller Abschiebungen, barrierefreie und respektvolle Verwaltung für Geflüchtete.

■ Stärkung antifaschistischer Arbeit: Politische und finanzielle Unterstützung von Kampagnen, Dokumentationszentren und migrantischen Selbstorganisationen.

■ Erhalt des selbstverwalteten Hauses der Kulturen.

Fazit: Antifaschismus ist nicht nur Abwehr von Extremismus, sondern aktiver Einsatz für eine solidarische, inklusive Stadtgesellschaft. Wer unsere Stadt gestalten will, muss sich fragen: „Wessen Stadt ist die Stadt?“ – denn nur eine Stadt, die alle Menschen schützt, fördert und einbezieht, kann gegen Faschismus und Ausgrenzung bestehen.

Schlusswort

Göttingen ist unsere Stadt! Sie kann nur dann wirklich allen gehören, wenn wir sie gemeinsam gestalten. Sozialpolitik, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, Mobilität, Frieden und Antifaschismus sind nicht isolierte Themen, sondern miteinander verknüpft. Sie bestimmen, wie Menschen hier leben, lernen, arbeiten und sich entfalten können.

Als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke wollen wir, dass niemand ausgeschlossen wird: Alle sollen Teilhabe, Sicherheit und Möglichkeiten zur Mitgestaltung haben, unabhängig von Herkunft, Einkommen, Alter, Geschlecht oder körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt gerecht, ökologisch zukunftsfähig und solidarisch bleibt.

Unsere Vision ist klar: Eine Stadt, in der Politik nicht hinter verschlossenen Türen passiert, sondern gemeinsam mit den Menschen, die hier leben, gestaltet wird. Wessen Stadt ist die Stadt? Die Antwort liegt in unserer Mitwirkung, in unserem Engagement und in unserer Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Lasst uns diese Stadt zu einer Stadt für alle machen!

... und gebt hierfür uns – der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke – am 13. September 2026 eure Stimmen!

Wähler★innengemeinschaft Göttinger Linke

Unsere Kandidat*innen zur Kommunalwahl 2026 Göttingen

WB 1 — Oststadt

- 1 Annette Krischke Ramaswamy**
69, Physiotherapeutin
- 2 Tawfik Lababidi**
39, Medizininformatiker
- 3 Nornia Marcinkiewicz**
64, Masseurin, med. Bademeisterin
- 4 Peter Strathmann**
59, Universitätsangestellter
- 5 Petra Bensaid**
53, Sozialarbeiterin
- 6 Linus Müthing**
45, Bürokaufmann

WB 2 — Südstadt

- 1 Torsten Wucherpfennig**
59, Qualifizierter Assistent
- 2 Nicole Born**
43, Gesundheits- u. Krankenpflegerin
- 3 Rolf Ralle**
78, Pensionär, Lehrer
- 4 Martin Rieth**
60, Physiker
- 5 Manfred Bienert**
66, Dipl. Ing. Agrar
- 6 Inge Lütge**
69, Rentnerin

WB 3 — Weststadt

- 1 Hendrik Falkenberg**
60, Angestellter
- 2 Ayaan Omar**
24, Angestellte
- 3 Steffen Zimmermann**
45, Drucker
- 4 Bärbel Safieh**
63, Sozialpädagogin
- 5 Thomas Bahrs**
65, Privatier
- 6 Christa Siebecke**
71, Rentnerin
- 7 Gunnar Siebecke**
74, Rentner

WB 4 — Nordstadt

- 1 Vanessa Löb**
29, Einzelhandelskauffrau
- 2 Tobias Murra**
30, Physiotherapeut
- 3 Andrea Weckwerth**
69, Rentnerin
- 4 Oliver Preuss**
49, Serviceberater Familienkasse
- 5 Hannes Kramer**
22, Werkstudent
- 6 Malte Aschenbach**
20, Werkstudent



WB 5 — Innenstadt

- 1 **Jost Lessmann**
57, Leitung Bühnentechnik
Junges Theater
- 2 **Ulrike Kramer**
58, Angestellte Verwaltung
- 3 **Simon Lochmann**
39, Lehrkraft
- 4 **Sylke Hamoudi**
62, Angestellte
- 5 **Gerd Nier**
79, Rentner
- 6 **Sven Keding**
61, Politologe

Ortsrat Grone

- 1 **Hendrik Falkenberg**
60, Angestellter
- 2 **Ayaan Omar**
24, Angestellte
- 3 **Steffen Zimmermann**
45, Drucker
- 4 **Bärbel Safieh**
63, Sozialpädagogin
- 5 **Gunnar Siebecke**
74, Rentner
- 6 **Christa Siebecke**
71, Rentnerin
- 7 **Thomas Bahrs**
65, Privatier
- 8 **Andrea Weckwerth**
69, Rentnerin



Kleine Geschichte der Wähler*innengemeinschaft **Göttinger Linke**

1991 kamen verschiedene Menschen im DKP-Büro zusammen, unter ihnen natürlich Mitglieder der DKP, des BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), die ersten PDS-Mitglieder und einige

Parteilose. Sie überlegten, was sie gemeinsam tun können bzw. auch wollen. Nach langer Diskussion einigten sie sich auf das Themenfeld „Kommunalpolitik“, da ihre politischen Vorstellungen für die Kommune große Übereinstimmungen aufwiesen.

So kam es zur Gründung der „Linke Liste Göttingen“ als Wähler*innengemeinschaft. Im Übrigen entstanden zum gleichen Zeitpunkt in verschiedenen Städten wie auch im Bundesland Niedersachsen ebenfalls „Linke Listen“. Bei der Kommunalwahl errang diese Liste ein erstes Ratsmandat, das Reinhard Neubauer innehatte.

1996 kandidierte die Wähler*innengemeinschaft wieder und errang auch wieder ein Ratsmandat, das dann Patrick Humke ausfüllte.

2001 allerdings verließ die PDS die Wähler*innengemeinschaft zum ersten Mal, um damit eine Eigenkandidatur anzugehen. Die PDS und die

Wähler*innengemeinschaft kandidierten dabei in einer Zählgemeinschaft, was die damalige Kommunalverfassung noch zuließ. Ergebnis: Zwei Mandate, die allerdings beide für die PDS zählten.

Aber es gab auch schon die erste Kandidatur von GRAL (Groner Antifaschistische Liste) zum Ortsrat Grone. Da aber die PDS und die Grünen ebenfalls kandidierten, ist keine dieser Listen in den Ortsrat eingezogen.

2006: kam es bundesweit zur Herausbildung der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit), die in Göttingen – neben der PDS und der Wähler*innengemeinschaft – ebenfalls zum Rat der Stadt kandidieren wollte. Dies führte verständlicherweise zu neuen Diskussionen zwischen PDS, WASG, DKP und Gral sowie einigen Parteilosen.

Im Ergebnis dieser Diskussionen erfolgte die Umbenennung der „Linke Liste Göttingen“ in „Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke“. Dabei wurden PDS, WASG, DKP und Gral Gruppenmitglieder der Wähler*innengemeinschaft. Es folgte der Antritt zur Kommunalwahl



als Wähler*innengemeinschaft mit dem Ergebnis, dass nun drei Mandate im Rat und ein Mandat im Ortsrat Grone erreicht wurden.

In Jahr darauf vereinigte sich bundesweit die WASG mit der PDS, wodurch es in Göttingen nur noch drei Gruppenmitglieder in der Wähler*innengemeinschaft gab.

Sowohl **2011** als auch **2016** kam es in der PdL (Partei die Linke) zu Diskussionen, ob sie nicht „besser“ (ohne Kommunist*innen) mit einer Eigenkandidatur fahren, doch die innerparteilichen Abstimmungen ergaben immer das Ergebnis, weiterhin Mitglied der Wähler*innengemeinschaft zu bleiben und gemeinsam zu kandidieren. So kam es dann wieder zu einem gemeinsamen Antritt zu den Kommunalwahlen. Hierbei wurden die bisherige Anzahl der Mandate verteidigt und in Geismar ein Ortsrat-Mandat hinzugewonnen.

2016: Eine Gruppe von Mitgliedern der PdL, die mit dem Abstimmungsergebnis innerhalb ihrer Partei unzufrieden waren, kandidierte allerdings eigenständig als Antifaschistische Liste Göttingen (ALG). Ergebnis: Ein Mandat. Dieser Mandatsträger bildete dann aber ein paar Jahre später mit der Fraktion der Wähler*innengemeinschaft wieder eine gemeinsame Gruppe.

2021: Zu den Kommunalwahlen wurde die allgemeine „Abwanderungsbewegung“ in der PdL bereits deutlich erkennbar: Es gab kaum noch Unterstützung durch die PdL im Kommunalwahlkampf, jedoch trotzdem wieder einen gemeinsamen Antritt. Ergebnis: Nun sogar vier Mandate im Rat und wieder je eines in den Ortsräten Grone und Geismar.

2024 nun wurde der Austritt der PdL aus der Wähler*innengemeinschaft leider konkret: Man wolle einen „Neuanfang“ ohne die Wähler*innengemeinschaft. Die PdL begründete diesen Schritt auch damit, dass Mitglieder des BSW hier aktiv seien – allerdings hat „das Leben“ – die eigene Kandidatur des BSW zu den Kommunalwahlen – diesen Vorwand inzwischen ad absurdum geführt. Dadurch gab es aber nur noch zwei Gruppenmitglieder, deren Mitglieder automatisch auch Mitglieder der Wähler*innengemeinschaft waren.

2025: Die Kommunistische Plattform in der PdL (KPF) wurde als drittes Gruppenmitglied in die Wähler*innengemeinschaft aufgenommen.

Heute, Frühjahr 2026, gehören – zusammen mit den Mitgliedern von DKP und GRAL (Grobian) und der KPF – rund 80 Mitglieder der Wähler*innengemeinschaft an; die Mehrheit der Mitglieder ist dabei inzwischen parteilos. Und diese werden auch in diesem Jahr wieder gemeinsam zur Kommunalwahl antreten. Dabei halten sie an der Tradition der gemeinsamen Erarbeitung des Wahlprogramms (jede/r hat

eine Stimme), die gemeinsame Erarbeitung eines Kandidat*innentableaus und einem gemeinsamen Wahlkampf fest – nun leider in Konkurrenz zur PdL sowie zur inzwischen gegründeten Ortsgruppe des BSW, das – wie oben geschrieben – ebenfalls zum Rat der Stadt kandidieren wird.

(Ein Schelm, wer Schlimmes denkt und/oder erwartet.)

GUNNAR SIEBECKE, IM FRÜHJAHR 2026



Wessen Stadt ist die Stadt?

Am 13. September 2026:

Wähler★innengemeinschaft

**Göttinger
Linke**

www.goettinger-linke.de

... damit
es wieder
linke Stimmen
in der Stadt
gibt!

Wir sind nicht mächtig,
aber auch nicht ohnmächtig!

